**Musterantrag Gemeinderat/Gemeindevertretung**

**Stand: Mai 2021**

Begründung:

Auf dem Boden der Europäischen Union spielt sich vor unser aller Augen eine humanitäre Katastrophe ab. Aufgrund der Untätigkeit der EU-Mitgliedsstaaten leben tausende Geflüchtete seit Jahren unter menschenunwürdigen Zuständen in Lagern auf den griechischen Inseln. Mit der COVID-19-Pandemie und seit dem Brand im Flüchtlingslager Moria hat diese Krise nun einen neuen Höhepunkt erreicht.

Nach dem Großbrand in dem hoffnungslos überfüllten Lager Moria in der Nacht auf den 9. September 2020 wurden rund 12.600 Menschen obdachlos, darunter auch sehr viele Kinder.[[1]](#footnote-1) Die Situation der Geflüchteten hat sich in dem als Ausweichlager errichteten Kara Tepe noch weiter verschlechtert: Es gibt keine winterfesten Unterkünfte, kein sauberes, fließendes Wasser, kein Schutz vor Unwetter oder Hitze, nicht ausreichend zu essen und keine adäquaten Sanitäranlagen. Bereits mehrmals wurden Teile des Lagers, das direkt am Meer auf einem ehemaligen militärischen Übungsgelände liegt, überflutet. Zahlreiche NGOs fordern die sofortige Evakuierung von Kara Tepe sowie der anderen Elendslager auf den griechischen Inseln.[[2]](#footnote-2)

Zusätzlich bieten die Verhältnisse in den Lagern keinen Schutz gegen die Ausbreitung von COVID-19: Es können weder Sicherheitsabstände eingehalten noch Hygienemaßnahmen, wie regelmäßiges Händewaschen, umgesetzt werden. Dazu kommt, dass in den Lagern viele Angehörige besonders vulnerabler Gruppen leben, die über keinen Zugang zu ausreichend medizinischer Versorgung verfügen. Um eine Gesundheitskatastrophe zu verhindern plädiert das EU-Parlament daher seit Mitte März dafür, die Menschen in den Lagern umgehend zu evakuieren. Die Verhältnisse sind in jeder Hinsicht lebensbedrohlich.[[3]](#footnote-3)

Mit Stand Februar 2021 befanden sich 17.212 Geflüchtete auf den griechischen Inseln Lesbos, Samos, Chios, Kos und Leros sowie über 100.000 auf dem griechischen Festland.[[4]](#footnote-4) Auf Lesbos waren im Jänner 2021 laut UNHCR rund 9.000 Geflüchtete davon 7.296 (Stand: 11. Jänner 2021) in dem nach dem Brand in Moria errichteten provisorischen Lager Kara Tepe. Ein Drittel dieser Personen sind Kinder und minderjährige Jugendliche. Rund 2.200 Personen (ca. 30 %) im provisorischen Lager sind anerkannte Flüchtlinge mit einem gültigen internationalem Schutzstatus (Asyl oder subsidiärer Schutz).

Während sich bereits mehrere EU-Staaten, darunter das kleine Land Luxemburg, bereit erklärt haben, Geflüchtete aus den Lagern aufzunehmen, oder dies bereits getan haben, verweigert die österreichische Bundesregierung bisher eine solche humanitäre Geste.[[5]](#footnote-5) Gleichzeitig drängen immer mehr Österreicherinnen und Österreicher sowie zahlreiche NGOs auf ein humanes Vorgehen und eine Beteiligung an der Aufnahme von Geflüchteten. Mehrere Gemeinden im ganzen Land haben sich bereit erklärt, Geflüchtete von den griechischen Inseln aufzunehmen, angemessen unterzubringen und zu versorgen.[[6]](#footnote-6)

Eine Erhebung der Initiative „Courage – Mut zur Menschlichkeit“ zeigt, dass es weit über 3.000 sichere Plätze in Österreich gibt, wo Menschen untergebracht werden könnten. Darunter befinden sich viele Plätze für Kinder, Jugendliche oder ganze Familien, die den gesetzlichen Bestimmungen (z. B. für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen) entsprechen und wo eine passende Infrastruktur (Kindergarten, Schulen etc.) vorhanden ist. Es handelt sich also nicht bloß um einen Schlafplatz, sondern um ein nachhaltiges und umfassendes Angebot an die Bundesregierung.[[7]](#footnote-7)

Die Gemeinde **[Gemeindename]** fordert die österreichische Bundesregierung auf, ihre Verantwortung für die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention wahrzunehmen. Stellen wir in **[Gemeindename]** die Menschlichkeit in den Vordergrund und leisten wir gemeinsam einen Beitrag, der den Betroffenen hilft, Griechenland unterstützt und eine geordnete Aufnahme von Geflüchteten sicherstellt. Daher beantragen die unterzeichnenden GemeinderätInnen gemäß **[z. B. § 46 Abs. 3 NÖ** **Gemeindeordnung]** die dringliche Aufnahme nachstehenden Gegenstandes in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Gemeinderates. Die Dringlichkeit des Antrags begründet sich aus der nach wie vor andauernden und sich weiter verschärfenden Notsituation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln.

Der Gemeinderat/die Gemeindevertretung wolle beschließen:

* Die Bundesregierung wird ersucht, sich – dem Beispiel anderer EU-Staaten folgend – im Rahmen der EU-Vereinbarung an der freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland zu beteiligen.
* Die Gemeinde **[Gemeindename]** drückt ihre Bereitschaft gegenüber der Bundesregierung aus, Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen und adäquat zu versorgen.
1. <https://www.derstandard.at/story/2000119873549/groesstes-griechisches-fluechtlingslager-moria-in-flammen> [↑](#footnote-ref-1)
2. <https://www.derstandard.at/story/2000120897828/erneut-etliche-zelte-im-fluechtlingslager-auf-lesbos-ueberflutet> [↑](#footnote-ref-2)
3. <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200323IPR75632/refugees-on-greek-islands-urgent-evacuation-to-prevent-spread-of-covid-19> [↑](#footnote-ref-3)
4. Quelle: UNHCR Aegean Islands Weekly Snapshot 08-14 February 2021; UNHCR Aegean Greece Update No. 14, 29 January 2021 [↑](#footnote-ref-4)
5. <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/zehnstaaten-nehmen-minderjaehrige-aus-moria-auf-92673058> [↑](#footnote-ref-5)
6. <https://www.derstandard.at/story/2000115397360/buergermeister-zur-aufnahme-von-fluechtlingen-bereit> [↑](#footnote-ref-6)
7. <https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201021_OTS0008/oesterreich-hat-ueber-3000-sichere-plaetze-fuer-menschen-aus-moria-anhaenge> [↑](#footnote-ref-7)